

Standpunkt zu Sicherheit, Frieden und einer stabilen Weltordnung

(Juso Hochschulgruppe der Universität Bielefeld, November 2004)

Präambel

Wir, die Juso Hochschulgruppe der Universität Bielefeld, setzen uns für eine friedliche Welt ein. Wir wollen Bewahrenswertes erhalten, lebensbedrohende Risiken abwenden und Mut machen, anstatt in Angst zu leben. Wir arbeiten für eine Welt, in der alle Völker in gemeinsamer Sicherheit leben, ihre Konflikte nicht durch Krieg, sondern in friedlichem Wettbewerb austragen, um ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten.

Krieg soll kein Mittel der Politik sein; dies gilt erst recht im Zeitalter atomarer, chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen. Frieden bedeutet nicht nur das Schweigen der Waffen, Frieden bedeutet auch das Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung.

Frieden

Für uns sind die Begriffe Friede, Respekt und Zusammenarbeit nicht voneinander zu trennen:

Menschliche Verschiedenheiten erfordern Respekt. Die Erkenntnis und Akzeptanz menschlicher Unterschiede kann unser eigenes Leben an Erfahrungen bereichern. Der Respekt vor andersdenkenden Menschen ist keine Bedrohung der eigenen Identität. Hingegen verstärkt Ignoranz und Ablehnung Andersdenkender bestehende Konflikte. Darum ist die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und das kritische Hinterfragen ein effektives Mittel zur gewaltfreien Konfliktlösung. Friede ist die Zeit, in der Konfliktlösung gewaltfrei, d.h. friedlich, stattfindet.

Frieden braucht das weltweite Engagement der Menschen für Völkerverständigung, für den Abbau von Waffen und Feindbildern. Jeder muss also schon im eigenen Interesse Mitverantwortung übernehmen für die Sicherheit des anderen. Darauf beruht das Prinzip gemeinsamer Sicherheit. Es verlangt, dass jede Seite der anderen Existenzberechtigung und Friedensfähigkeit zubilligt.

In einer global nicht nur vernetzten, sondern auch interdependenten Welt, in der alle Dinge miteinander verbunden, aufeinander bezogen und somit voneinander abhängig sind, ist die Zusammenarbeit das geeignetste Mittel, um Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Nachhaltige Politik durch bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit ist effektiver und wirtschaftlicher als der Einsatz militärischer Gewalt.

Vergangenheitsbewältigung ist wichtig und unabdingbar, da wir aus vergangenen Fehlern lernen müssen. Wer dies nicht tut, ist gezwungen, Fehler zu wiederholen.

Wir fordern fundierte Kritik und lehnen populistische, antiamerikanistische Propaganda ab. Kritik soll in einem sachlichen Ton geäußert werden, der unserer Vorstellung von politischer Kultur entspricht; d.h. der auf rein provokative, populistische Polemik verzichtet.

Sicherheit

Sicherheit ist dem Frieden, nicht dem Krieg zugeordnet, und sie kann nur miteinander erreicht werden, nicht gegeneinander.

Vor allem nach den Ereignissen des 11. September 2001 muss der Begriff der Sicherheit neu definiert werden. Unser Verständnis von Sicherheit muss aufgrund der neu aufgetretenen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus erweitert werden. Sicherheit ist nicht identisch mit Verteidigungsfähigkeit, sie kann aber einen Teil dazu beitragen. Allerdings ist Aufrüstung nicht das geeignetste Instrument zur Herstellung von Sicherheit.

Sicherheit kann nur durch multilaterale Zusammenarbeit entstehen. Dazu gehören vor allem Informationsaustausch durch Dialog und Vertrauen. Dies sollte auch dazu genutzt werden, den Zwang zur Aufrüstung zu reduzieren.

Entwicklungspolitik und Außenpolitik sind in der Gesellschaftswelt zu den wichtigsten Strategien der Sicherheitspolitik geworden. Ohne einen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird unsere Zukunft weiter gefährdet. Wo Hunger und Elend herrschen, kann Frieden nicht Bestand haben.

Die Weltgesellschaft muss sich eine Ordnung geben, durch die der Weltfrieden gesichert, wirtschaftliche Macht politisch kontrolliert, Rohstoffe, Technologie und Wissen gerecht verteilt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschützt werden. Die Vereinten Nationen können uns diesem Ziel näher bringen. Diesen Herausforderungen können die Vereinten Nationen

aber nur dann gerecht werden, wenn die Nationalstaaten bereit sind, ihnen mehr Kompetenzen und Aufgaben zu übertragen.

Wir treten für die Stärkung des Internationalen Gerichtshofes ein, die Reform des Sicherheitsrates und die Schaffung internationaler Rüstungskontrollgremien im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen und die mit ihnen verbundenen Organisationen müssen neu strukturiert und handlungsfähiger gemacht werden. Auch muss das Prinzip der Nichteinmischung neu überdacht werden. Kriege, die unter einem Mandat der Vereinten Nationen als letzte Instanz geführt werden, sollten von den Nationalstaaten unterstützt werden.

Terrorismus

Die Erfolgsaussichten einer vorwiegend auf Gewalt gestützten nachhaltigen Terrorismusbekämpfung sind denkbar gering. Den Terrorismus kann man langfristig nicht militärisch, sondern nur politisch besiegen. D. h. wir brauchen weniger Militarisierung der Globalpolitik und mehr Bereitschaft, Konflikte einer politischen Lösung zuzuführen.

Und was die finanziellen Kosten einer friedlichen Zusammenarbeit angeht, so machen diese nur einen Bruchteil dessen aus, was militärische Auseinandersetzungen gewöhnlich kosten.